

Über die Arbeit der Hochschulkommission der Bezirksleitung Leipzig

Um die Aufgaben an den Universitäten und Hochschulen, die der V. Parteitag stellte, recht bald lösen zu können, waren neue Arbeitsmethoden für die politische Führungstätigkeit erforderlich. Als eine dieser neuen Methoden muß die Bildung der Hochschulkommission bei der Bezirksleitung Leipzig angesehen werden. Diese Kommission würde mit dem Ziel geschaffen, aktuelle Fragen der Hochschulpolitik des Bezirkes von einem Kollektiv erfahrener Genossen mit beraten zu lassen, ihre praktischen Erfahrungen auszuwerten und für die Parteiarbeit nutzbar zu machen.

Die Kommission wird geleitet von dem Sekretär für Agitation/Propaganda. Ihr gehören an: leitende Funktionäre der Karl-Marx-Universität, der Hoch- und Fachschulen, der Gewerkschaft, der FDJ und des Kulturbundes, ein MTS-Direktor und ein LPG-Vorsitzender sowie Genossen aus dem Staatsapparat (Wirtschaftsrat), aus den WB und den Stadtleitungen der Partei.

Die Hochschulkommission, die seit September 1958 besteht, behandelte bisher u. a. folgende Gebiete: Die politische Massenarbeit an der Universität und an den Hochschulen (betr. Auswertung der Thesen zum XXI. Parteitag der KPdSU); die Behandlung des sowjetischen Entwurfes eines Friedensvertrages mit Deutschland an der Universität und an den Hochschulen; die Durchführung und Auswirkung der Assistentenordnung; Maßnahmen zur Bildung der wissenschaftlich-technischen Kommissionen in den Betrieben.

Die Arbeit der Kommission führte auch dazu, daß beispielsweise politisch bedeutende Maßnahmen für die Immatrikulation 1959/60 dem Büro zur Beschlußfassung vorgeschlagen werden konnten. In dem Entwurf und später dann in dem Beschluß wurde vor allem hervorgehoben und den Grundorganisationen der Partei deutlich gemacht, daß für die Werbung zum Studium und für die Ausbildung und Erziehung der jungen Intelligenz die gesamte Arbeiterklasse verant-

wortlich ist. Die Kommission beherzigte die Worte des Genossen Walter Ulbricht auf dem V. Parteitag:

„Die Betriebe sollen die Auswahl junger Arbeiter zum Studium als eine Kampfaufgabe betrachten, damit alle Möglichkeiten zur Entwicklung der Intelligenz aus den Reihen der Arbeiterklasse genutzt werden.“ Die Erfahrungen des vergangenen Jahres lehrten, daß man dieses Ziel nicht mit den alten Methoden der Werbung (mit einem Operativstab und Kreisstäben) erreichen kann. Denn dadurch wurde die Gewinnung der fachlich besten und gesellschaftlich aktivsten jungen Arbeiter teilweise vernachlässigt, und die mit der Werbung beauftragten Genossen befaßten sich zumeist mit solchen Jugendlichen, die von vornherein an einem Studium interessiert waren. Die Hochschulkommission empfahl deshalb dem Büro, zu beschließen, in allen Grundorganisationen der Partei Mitgliederversammlungen durchführen zu lassen, auf denen zuerst einmal über grundsätzliche Fragen — wie Arbeiterklasse und Intelligenz, die Verantwortung der Arbeiterklasse bei der sozialistischen Umgestaltung des Hochschulwesens und die Herausbildung einer sozialistischen Intelligenz — gesprochen werden sollte. Die gleiche Aufgabe wurde den Genossen in den Gewerkschaften und in der FDJ gestellt.

Für diese Versammlungen hatte die Bezirksleitung ein Referentenmaterial ausgearbeitet und die Referenten mit dem Bürobeschuß vertraut gemacht. Zahlreiche Genossen der Karl-Marx-Universität und der Hochschulen unterstützten die Parteiorganisationen der Betriebe bei den Versammlungen.

In dem VEB Leipziger Kugellagerfabrik führte beispielsweise die Diskussion über Arbeiterklasse und Intelligenz und über die Bedeutung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts dazu, daß die Genossen auch über die Qualifizierung der Arbeiter sprachen. In diesem Betrieb sind viele ungelernete Arbeiter tätig, von denen eine Anzahl dabei ist, die Facharbeiterprüfung abzulegen. Die Partei-